

## Neoliberale Umstrukturierung der Hochschulen

Die deutschen Hochschulen sind irgendwie out. Sie sind nicht fit für die kommenden Herausforderungen und müssen dringend reformiert werden. So schallt es aus allen möglichen Ecken, und unter dieser Prämisse werden unappetitliche Dinge wie Zulassungsbeschränkungen, Studiengebühren und Finanzautonomie der Hochschulen vorangetrieben.

Die Studienbedingungen sollen verschärft werden: mehr Prüfungen, Beratungs- und Kontrollgespräche, kürzere Studiedauer und Entrichtung von Gebühren sollen den StudentInnen verdeutlichen, warum sie studieren: In der neoliberalen Ideologie ist jede selbst für ihre Verwertbarkeit verantwortlich. In der Konsequenz werden die meisten Studierenden sich diesem Diktat beugen müssen: Durch die Entrichtung von Studiengebühren wird das Verweilen an der Universität zu einer Investition, die sich irgendwann "rechnen" muss, was sowohl im Hinblick auf die Studiedauer als auch die Fächerwahl disziplinierend wirkt.

### Bachelor und Master

Bachelor und Master-Studiengänge sind in. Einige Hochschulen haben sie bereits eingeführt, u. a. in Berlin, Würzburg, Braunschweig und Bielefeld. Nach einer dreijährigen Ausbildung wird das Studium mit dem Bachelor-Abschluss be-

endet. Wer es sich leisten kann, darf danach noch die ein- bis zweijährige Ausbildung zum Master absolvieren.

Die Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen soll zum einen eine Verkürzung der Durchschnittsstudiedauer bewirken, zum anderen transportiert sie gerade die Forderung nach "lebenslangem Lernen", quasi einem Lernen auf Abruf: Das Erststudium wird entwertet zu Gunsten einer ständigen Fortbildung, ausgerichtet an den Kapitalinteressen. Diejenigen, die für ein Recht auf Bildung eintreten, sehen sich auf einmal mit der "Pflicht zur Bildung" im Sinne der oben genannten Verwertbarkeits-Verantwortung konfrontiert.

### "Autonomie" der Hochschulen - Ausrichtung am freien Markt

Auch die Hochschulen als Ganzes werden umstrukturiert. Im Vordergrund steht die "Autonomie" der Unis, die Entkopplung von der Politik. Entscheidungen

sollen "dereguliert" werden. Diese Deregulierung bedeutet jedoch nicht eine Demokratisierung von Entscheidungen, sondern gerade eine Konzentration von Macht bei Uni-PräsidentInnen und DekanInnen. Gleichzeitig sollen die Aufgabenbereiche dieser Leitungspositionen neu zugeschnitten werden: sie tragen nur noch die Verantwortung für die ordnungsgemäße Umsetzung der Zielsetzungen, die durch sogenannte "Hochschulräte", die mit externen Personen aus der Wirtschaft besetzt werden, formuliert werden. Wenn die Hochschulen einen optimalen ökonomischen Ertrag liefern sollen, müssen sie selber wie ein Wirtschaftsbetrieb organisiert sein.

Den Unis in ihrer bisherigen Organisiertheit wird von Seiten der Unternehmen ein "Management"-Defizit bescheinigt. Zu viele Partikularinteressen verhinderten die Ausrichtung am sogenannten "Allgemeininteresse", sprich: der Ausrichtung an den Erfordernissen des

fachschaffenbündnis:

AK Kritischer PsychologInnen \* Bunt-alternative Fachschaft Pädagogik (BAP) \* Fachschaft ev. Theologie \* LEFT 17 (FB Bio) \* Linke Fachschaft 03 \* Lobby Linker LangzeitstudentInnen \* Virtuelle Fachschaft Medien

# fachschaftenbündnis liste 19

freien Marktes. Vor allem die Verfaßtheit als "Gruppen-Universität", in der verschiedene an der Uni wirkende Status-Gruppen mehr oder weniger demokratisch über Entscheidungen befinden, ist den neoliberalen Reformern ein Dorn im Auge.

## Formierung der Hochschulen durch Drittmittelfinanzierung

Ein erster Schritt zum Umbau der Hochschulen ist der seit Jahren stattfindende Wandel in der Finanzierung. Während staatliche Zuweisungen an die Hochschulen (über deren Verwendung Uni-Gremien entscheiden) zurückgehen, wächst die Summe der Drittmittel-Erträge. Diese Mittel werden vor allem von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, aber auch von Unternehmen gezahlt und direkt für bestimmte Projekte bewilligt. Die sich ergebende ungleiche finanzielle Ausstattung der Hochschulen ist progressiv: das Ungleichgewicht vergrößert sich selbst ständig, da die Unis mit besserer Ausstattung 'attraktivere' Projekte anbieten können und weitere Mittel einwerben können. Gleichzeitig soll auch die staatliche Mittelvergabe 'nach Leistung', d.h. Verwertbarkeit, erfolgen. Eine stärkere Ungleichheit der Hochschulen, eine Hierarchie von Elite-Unis an der Spitze bis herunter zu Fachhochschulen ist explizites Ziel der Umstrukturierungen. Auch innerhalb der Universitäts-

ten soll die Verteilung der Finanzen 'leistungsgerecht' erfolgen. So könnten z.B. Mittelzuweisungen entsprechend der Höhe der eingeworbenen Drittmittel vergeben werden. Fächer, die wenig verwertbaren 'Output' erzeugen (wie z.B. Sozialwissenschaften oder naturwissenschaftliche Grundlagenforschung), werden abgebaut oder müssen sich in ihrer Ausrichtung anpassen: Politikwissenschaft verkommt zur Politikberatung, Philosophie betreibt Sinnstiftung für Unternehmen und statt Sozialkritik zählt die Beschreibung und Kontrolle mikrosoziologischer Prozesse.

Ganz paternalistisch wird die Streichung von Fächern damit begründet, dass die Studierenden am Ende ihrer Ausbildung nicht konkurrenzfähig seien mit ihren KommilitonInnen aus den 'richtigen' Fächern. An der Philipps-Universität erleben wir seit Jahren, wie Fächer gegen den Willen der StudentInnen abgeschafft werden (Historische Hilfswissenschaften, Geowissenschaften. Die Institute für Heil- und Sonderpädagogik in Gießen und Marburg wurden zusammengelegt). Dafür wird mit dem Ausbau z.B. der Informatik den Forderungen aus der Industrie Folge geleistet.

## Das Centrum für Hochschulentwicklung

Ideologische Vorarbeit für diese Entwicklungen leisten seit Jahren think tanks wie das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE),

an dessen Meinung niemand mehr vorbei kommt und das gemeinsam von Bertelsmann und der Hochschulrektorenkonferenz (!) betrieben wird. Ideal des CHE ist die "Universität als Dienstleister für Wissensvermittlung". Dazu müssen die Unis 'effizienter' und 'billiger' werden.

## ... und die Studierenden

Große Teile der StudentInnen-schaft haben diese Forderungen bereits verinnerlicht und vertreten sie selber offensiv. So wurde im letzten StudentInnenstreik im Winter 1997 Bildung auch als "unsere wichtigste Ressource" bezeichnet; die Identifikation mit dem "Standort Deutschland" war vielen Streikenden selbstverständlich. Gegen die Streichung von Studiengängen protestieren jeweils nur die Betroffenen; vielen anderen scheint es durchaus plausibel, dass 'unrentable' Fächer gestrichen werden.

Eine vernünftige Perspektive ergibt sich nur, wenn wir über den Horizont der Sachzwanglogik hinaus blicken: es gibt keine Sachzwänge, die an sich existieren, sondern es handelt sich um gesellschaftliche Zwänge, die von den Verhältnissen abhängig sind. Jede Entscheidung über Mittelzuweisungen oder über Strukturänderungen an den Unis ist politisch und nicht alternativlos. Je mehr Widerstand es dagegen gibt, desto weniger zügig und reibungslos kann der Umbau der Hochschulen vonstatten gehen.

stupa-wahl vom 11. bis 14. dezember  
wählt liste 19 - fachschaftenbündnis